



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juni 2013 I

## Inhalt:

1. GdP gegen Entwaffnung der Justizvollzugsbeamten
2. DGB trifft ev. Kirche
3. Finanzminister: Reform hat viele Gewinner
4. DGB erstreitet vor Gericht 16,7 Millionen Euro für seine Mitglieder
5. „Wir können Cloud - aber sicher!“
6. Erfolg der ersten EU-Bürgerinitiative:
7. Fachausschuss Technik fordert bessere Bekleidung
8. GesB: Steigende Fallzahlen
9. Anträge auf Hinausschieben des Ruhestandsbeginns
10. Nachwuchs bei der GdP
11. Wörterbuch für den polizeilichen Alltag
12. Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!
13. Wir sind an Deiner Seite

## 1. GdP gegen die Entwaffnung der Justizvollzugsbeamten!

Große Empörung im Kollegenkreis löst die Absicht des Justizministeriums aus, die Justizvollzugsbeamten zu entwaffnen – was dazu führen würde, dass Polizistinnen und Polizisten Gefangenentransporte zum Schutz vor Befreiungsversuchen begleiten müssten. Die GdP hat Minister **Jochen Hartloff** in dieser Sache angeschrieben und um eine dringende Rücksprache gebeten.

Der GdP-Fachausschuss Schutzpolizei hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne öffentlich positioniert: [http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/DE\\_Justizvollzug/\\$file/21.13%20-%20Justizvollzugsbeamte1.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/DE_Justizvollzug/$file/21.13%20-%20Justizvollzugsbeamte1.pdf)

Dieter Burgard

DER BÜRGERBEAUFTRAGTE  
des Landes Rheinland-Pfalz

Überwachen Sie die Bearbeitung Ihrer Petition

**Öffentliche Petitionen**

**Petitionen in der Mitzeichnungsfrist**

<b>Abfertigung von Schwerefällen im Strafvolzug</b>	Wolfgang Conrad
<b>Hauptberuflich:</b>	Lehrer
<b>Wohnort:</b>	17.07.2013
<b>Reihe der Mitzeichnungsfrist:</b>	12
<b>Anzahl der Mitzeichner:</b>	Diese Petition unterstützen
<b>Datensatznummer:</b>	Dieses Petition mit anderen Bürgern

Über welche Entscheidung / welche Maßnahme / welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren?

Die Landesregierung plant die Schwerefälle für die Beamtinnen im Strafvolzug abzufahren. Gegen diese Maßnahme richtet sich die Petition. Wie möchten Sie mit Ihrer Bitte / Beschwerde vorgehen?

Schwerer Imponen bei Vollzugsentscheidungen sind erlassen. Zutreffend ist es aber auch noch möglich sein - wie bereits praktiziert - bei Transporten von Gefangenen, Bewachung in öffentlichen Verkehrsmitteln und bei Ausfahrten zur Erreichung der Mitarbeiter und Verhinderung von behinderungsbedingten Schwerefällen einzuhalten.

Gegen wen, insbesondere welche Behörde / Institution richtet sich Ihre Beschwerde?

Ministerium der Justiz und für den Verbraucherschutz und bei Beschuldigung auch die Landesregierung.

Muss nach Ihrer Vorstellung ein Gesetz / eine Vorschrift geändert / ergänzt werden? Wenn ja, wie(sie)?

Aktuell läuft auch eine Petition beim Bürgerbeauftragten von RLP. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen – und auch unsere Freunde – sich in die Petitionsliste einzutragen. Wir hoffen, diesen unsäglichen Vorschlag und die untragbare Mehrbelastung der Polizei noch zu verhindern!

[https://formular.derbuergerbeauftragte.rlp.de/icc/assisto/nav/237/broker.jsp?uMen=2372ab86-608f-d216-0b60-987fcb2c4510&uCon=f9720a4d-ccb7-0f31-7ef8-034c1847c614&uTem=5242ab86-608f-d216-0b60-987fcb2c4510&class=net.ictteam.cms.util.externalContents.ExternalContentManager&class\\_lookup=petition&petitionID=f9720a4d-ccb7-0f31-7ef8-034c1847c614](https://formular.derbuergerbeauftragte.rlp.de/icc/assisto/nav/237/broker.jsp?uMen=2372ab86-608f-d216-0b60-987fcb2c4510&uCon=f9720a4d-ccb7-0f31-7ef8-034c1847c614&uTem=5242ab86-608f-d216-0b60-987fcb2c4510&class=net.ictteam.cms.util.externalContents.ExternalContentManager&class_lookup=petition&petitionID=f9720a4d-ccb7-0f31-7ef8-034c1847c614)



## 2. DGB trifft ev. Kirche



Breiten Konsens in gesellschaftlichen Fragen prägte der Meinungs-austausch zwischen den Vertretern des DGB und den evangelischen Kirchen. Die Kirchenpräsidenten **Dr. Volker Jung** (Hessen – Nassau) und **Christian Schad** (Pfalz) und Präses **Manfred Rekowski** stellten die Haltung der Kirchen zur Dominanz ‚der Märkte‘ in den Vordergrund ihrer Argumentation. Die materielle Dimension bestimme immer weitere Teile des gesellschaftlichen Lebens.

Man müsse weg von der Forderung nach ‚Immer mehr‘, hin zu einer ‚Ethik des Genug‘.

Angesichts der Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung sehe man die Etablierung von ‚Tafeln‘ inzwischen sehr kritisch. Ebenfalls einig war sich die Diskussionsrunde bei der Forderung nach Wiedererlangung des Primats der Politik über Markt und Finanzindustrie. DGB-Chef **Dietmar Muscheid** erläuterte die DGB-Vorschläge eines ‚Marshall-Plans‘ für Europa. Die Arbeitslosigkeit in den von der Krise geplagten Ländern dürfe nicht hingenommen werden.

Für die GdP erläuterte **Ernst Scharbach** die konkreten Auswirkungen der Sparpolitik auf den Polizeibereich. Im Schichtdienst und den operativen Bereichen mache sich der Personal-mangel besonders schmerzhaft bemerkbar. Für die GdP sei die steigende Gewaltbereitschaft gegenüber den Kolleginnen und Kollegen auch eine Auswirkung der Spaltung der Gesellschaft in arm und reich.



www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99



### 3. Finanzminister: Reform hat viele Gewinner **GdP: Alter Wein in neuen Schläuchen.**

Finanzminister **Carsten Kühn** sieht mit der Verabschiedung des Landesgesetzes zur Reform des finanziellen öffentlichen Dienstrechts viele Gewinner. Gewinner seien in erster Linie die Beamten. (!)

So stand es in der Presseveröffentlichung des Ministers zu lesen.

Alter Wein in neuen Schläuchen passt eher zu dem Gesetzeswerk, meint der GdP-Vize **Heinz-Werner Gabler**.



**Keine Verbesserungen** bei den Zulagen, keine Verbesserung beim 1%igen Besoldungsdiktat. Keine Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, keine Mitnahmemöglichkeit der erworbenen Pensionsansprüche, kein Verzicht auf Versorgungsabschlüsse bei 40 und mehr Dienstjahren.

**Stattdessen:** Umwandlung von Dienstaltersstufen in Erfahrungsstufen mit erheblichen Auswirkungen für die Polizeianwärter, wenn ihre Ausbildung erst nach dem 1.7.2013 endet, Kürzung der Anrechnungszeit der Hochschulbildung.

In der parlamentarischen Auseinandersetzung hatten DGB und GdP zahlreiche Verbesserungen gefordert. Mit dem Hinweis auf die Schuldenbremse wurde dies von der Regierung und den Regierungsparteien vom Tisch gefegt.

An ernsthaften Verhandlungen ist die rheinland-pfälzische Landesregierung offensichtlich nicht interessiert. Anders als das noch pleitere Saarland, wo Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu tragbaren Beschlüssen geführt haben.

Die CDU-Fraktion hatte einen Änderungsantrag eingebracht, mit der Forderung die Besoldung der Beamten den Tarifabschlüssen anzupassen. Dieser wurde von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Grüne abgelehnt.

Wer da behauptet, die Beamten seien Gewinner verschließt die Augen vor der Realität, so der GdP-Vize Gabler.

### 4. DGB erstreitet vor Gericht 16,7 Millionen Euro für seine Mitglieder

„Es lohnt sich, auch vor Gericht für die Einhaltung der Rechte von Arbeitnehmern zu kämpfen“, erklärt der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende **Dietmar Muscheid** und verweist auf die aktuellen Zahlen der DGB-Rechtsschutz GmbH: Der DGB hat im Jahr 2012 für seine Gewerkschaftsmitglieder in Rheinland-Pfalz rund 16,7 Millionen Euro erstritten. Auf arbeitsrechtliche Rechtsstreite entfielen dabei in Rheinland-Pfalz 2012 rund 9,6 Millionen Euro und auf sozialrechtliche 7,1 Millionen Euro.



### 5. „Wir können Cloud - aber sicher!“



Staatssekretärin **Heike Raab** und der Geschäftsführer des LDI, **Matthias Bongarth** erhalten vom Abteilungspräsidenten des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik), Herrn **Kowalski** die ISO 27001 Zertifikate.

Bereits im ersten Jahr wurden durch die nun sicherheitszertifizierte „Polizei-Cloud“ 215 T€, 550 TKwh Strom und 275 Tonnen CO<sup>2</sup> eingespart! Zudem haben sich die Antwortzeiten in POLADIS deutlich verbessert. RLP ist das erste Land, das für eine virtualisierte Infrastruktur – hier die Polizei-Cloud-RP – ein solches ISO 27001 Sicherheitszertifikat auf Basis internationaler Standards erhalten hat. Ein großer Erfolg für Koll. Matthias Bongarth und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Die GdP gratuliert!

### 6. Erfolg der ersten EU-Bürgerinitiative:

Die Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist Menschenrecht" war als erste Initiative erfolgreich. Nach Österreich, Deutschland, Belgien, Slowenien und der Slowakei haben auch Luxemburg, Litauen und Finnland das Quorum überschritten. Insgesamt über 1,4 Millionen haben inzwischen unterschrieben.

**Sven Giegold**, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament: *„Herzlichen Glückwunsch an die Initiatoren der Bürgerinitiative. Das ist ein großer Schritt für die Europäische Demokratie. Erstmals haben sich so viele Bürgerinnen und Bürger für ein politisches Ziel in Europa ihre Stimme erhoben.“*

Die geplante Privatisierung der Wasserversorgung ist damit gestoppt! Bravo!

### 7. Fachausschuss Technik fordert bessere Bekleidung

#### GdP-Forderung: Unterwäsche für den WSD

Da die Einsatzkräfte ohne Sonderfunktion jetzt entgegen der früheren Ausstattung keine Einsatzbekleidung mehr haben fordern wir:

Aufnahme von Funktionsunterhose und Funktionsunterhemd in das Ausstattungssoll für **ALLE Träger der Standarduniform** (analog der bereits jetzt schon umgesetzten Ausstattung für geschlossene Einheiten).

#### GdP-Forderung:Einsatzhandschuhe:

Wir fordern bei der Beschaffung von Einsatzhandschuhen:

- nicht nur Schnitt- und Hitzeschutz, sondern auch Kälteschutz zu berücksichtigen.



Robert Dörflinger, Vorsitzender GdP-Fachausschuss Technik



Daher die Empfehlung der GdP:

Unterziehhandschuh als Ergänzung für winterliche Temperaturen, als Zubehör vom Handschuhhersteller – kein Fremdzubehör.

GdP-Einsparvorschlag:

**Änderung** der Bekleidungs Vorschrift hinsichtlich **der Rückgabepflicht für Einsatz-Base-Caps in der Bereitschaftspolizei bei Versetzung in den Einzeldienst.**



Zurzeit müssen die getragenen Mützen, mit finanziellem Aufwand, vernichtet werden. Junge Einsatzkräfte müssen bei den PP'en als MEG-Kräfte nochmals neu ausgestattet werden. **Hier ergibt sich Einsparpotenzial!!!**

**8. GesB: Steigende Fallzahlen**

2012 registrierten die Kolleginnen und Kollegen über 9.000 Fälle von Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB) mit über 10.000 Opfern, denen die Polizei helfen konnte. Bei allen acht Landgerichtsbezirken wurden Beratungsstellen eingerichtet. Man bemüht sich primär um die Opfer, arbeitet aber auch mit den Tätern. Minister **Roger Lewentz**: Wir wollen den „Tätern eine andere Orientierung“ geben und dokumentieren „die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit und Ächtung von Gewalt.“



**9. Anträge auf Hinausschieben des Ruhestandsbeginns**

In einer Kleinen Anfrage erkundigte sich MdL **Michael Hüttner** (SPD) nach der Entwicklung der Anträge auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Insgesamt wurden seit 2008 203 Anträge gestellt (2008: 8, 2009: 18, 2010: 16, 2011: 48, 2012: 90, 2013: bisher 25). Es wurden 187 Anträge genehmigt, 9 wurden abgelehnt, weitere sind noch in Bearbeitung. Die Gründe für die Anträge lägen zumeist in der persönlichen Lebensplanung, teilte Staatssekretärin **Heike Raab** für das ISIM mit.



Raab für das ISIM mit.

**10. Nachwuchs bei der GdP**

Unser Landesvorsitzender der JUNGEN GRUPPE Markus Behringer ist Vater geworden. Die kleine Tochter trägt den Namen Amalia. Die GdP wünscht Mutter Kristina und Markus viel Glück, Freude und Amalia einen guten Start ins Leben!





### 11. Wörterbuch für den polizeilichen Alltag



**NEU +++ NEU +++ NEU +++NEU**  
**Fachwörterammlung**  
Deutsch-Englisch / Englisch-Deutsch  
**Aus der Praxis für die Praxis**  
Autor: Horst Mehlinger, SEK RP  
**Taschenbuchausgabe 10/2012**  
Nachschlagewerk mit Erläuterungen und Beispielen auf 256 Seiten!  
Preis: **7,95 €** zzgl. Versand  
Für GdP-Mitglieder: **5,00 €** zzgl. Versand

### 12. Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!



Exklusiv und ganz speziell zugeschnitten auf die Vorschriften im Land hat unser PSW den Ratgeber „Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z“ auf den Markt gebracht.

Bei den Kreisgruppen liegen Ansichtsexemplare bereit, Bestellungen können dort aufgegeben werden.

477 Seiten praktische Hilfe bei der komplexen Materie des Beihilferechts für nur 12,50 €.

GdP-Mitglieder zahlen den Vorzugspreis von 10,00 €!

### 13. Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.600 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

#### Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG [www.pvag.de/](http://www.pvag.de/)

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte [www.schwitzkasten.de](http://www.schwitzkasten.de)

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: [www.autoservice-gessner.de](http://www.autoservice-gessner.de)

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

www.gdp-rp.de

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach